

Sascha Regier: *Den Staat aus der Gesellschaft denken. Ein kritischer Ansatz der Politischen Bildung*. Bielefeld: transcript 2023, 402 Seiten (<https://doi.org/10.14361/9783839464373>)

Sowohl die staatlichen Reaktionen auf die Wirtschaftskrise von 2008, die Eurokrise 2010 und die globale COVID-19-Pandemie 2020 zeigen, dass wir nicht in einem Zeitalter einer „postnationalen Konstellation“ leben, wie dies Jürgen Habermas Ende der 1990er Jahre voraussah. Der Staat ist nicht Getriebener oder „Opfer“ der wirtschaftlichen Globalisierung, sondern selbst Gestalter einer bestimmten Art der Globalisierung, lange Zeit der Globalisierung im Sinne des Freihandels. Auch die gegenwärtigen zwischenstaatlichen Kriege, bspw. der Russland-Ukraine-Krieg, manifestieren, dass die Staaten weiterhin zentrale politische Akteure und Gestalter der Weltordnung sind. Jedoch ist der Staat nicht als homogenes Subjekt misszuverstehen, sondern als politische Arena zu begreifen, in der sich die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Kräfteverhältnisse materialisieren und um Durchsetzung bestimmter Politiken kämpfen.

In den meisten Ansätzen der schulischen politischen Bildung (Politikdidaktik) scheint diese Erkenntnis jedoch nicht angekommen zu sein. Hier wird der moderne Staat verkürzt als Institution des gesellschaftlichen Gemeinwohls – und eben nicht umkämpfte Institution divergierender Interessen sozialer Akteure – aufgefasst und vermittelt. Genau hier setzt das rund 400 Seiten starke Buch von Sascha Regier an. Regier beansprucht, den hegemonialen Positionen der Politikdidaktik einen eigenen ideologiekritischen Ansatz entgegenzusetzen, der sich im Kontext Kritischer politischer Bildung versteht und staatliche Herrschaft differenzierter zu begreifen versucht. Erst durch diese Sichtweise könnten überhaupt erst für die politische Bildung – und damit für Schüler*innen – emanzipatorische Handlungsmöglichkeiten eröffnet werden. Hierbei bezieht sich Regier in seinem ambitionierten Vorhaben auf grundlegende kritische Gesellschaftstheorien der letzten Jahrzehnte, um sie für einen kritischen Blick auf das Politische – hier verstanden als das strukturell Konfliktvolle in der Gesellschaft (95ff) – fruchtbar zu machen. Mit diesem Ansatz – so sein Anspruch – vermag er auch die gegenwärtige multiple Krise für die politische Bildung nicht als kontingent, sondern als strukturell im globalen Kapitalismus und seiner staatlichen Absicherung bedingt zu erfassen.

Das Buch ist in zwei Hauptteile gegliedert. Der erste Teil umfasst eine grundlegende Kritik an den den Diskurs der Politikdidaktik dominierenden Positionen. Regier weist hierbei überzeugend nach, dass diese durch eine inhaltliche Entleerung ihrer Themenfelder bestimmt sind. Strukturell bedingte Krisen und politisch-antagonistische Auseinandersetzungen (u.a. Kapital gegen Arbeit) kommen schlichtweg nicht vor. Stellvertretend stehen hierfür die einflussreichen Positionen von Wolfgang Sander und Joachim Detjen. Diese Ansätze beziehen sich nicht auf kritische gesellschaftstheoretische Konzepte, um die Gegenwartsgesellschaft analytisch auf den Begriff zu bringen, sondern zielen hauptsächlich auf Methoden und Kompetenzen ab, die es zu erlernen gelte. Gesellschaftstheoretische Bezugnahmen gibt es allenfalls auf Hannah Arendt, deren politikdidaktischer Gehalt darin gesehen wird, dass sie das Politische

als den Raum der Freiheit fasst, der durch gemeinsames Handeln und öffentliche Deliberation als Auseinandersetzung um das Gemeinwesen konstituiert sei. Hieran schließe auch das Staatsverständnis der dominierenden politikdidaktischen Positionen an: Der Staat – so die Hauptthese dieses Buchteils – werde funktionalistisch verkürzt als ordnungspolitische Institution des Gemeinwohls und gesamtgesellschaftliche Problemlösungsinstanz verstanden (60ff). Gar nicht werde hingegen von diesen Positionen problematisiert, wie der Staat bzw. eine bestimmte staatliche Politik Machtverhältnisse und gesellschaftliche Krisen (z.B. soziale Ungleichheit und ungleiche Eigentumsverhältnisse) strukturell selbst hervorbringt und politisch absichert. Damit ziele diese Staatssicht inhaltlich auf die Stabilität und Konservierung des gegenwärtigen Gesellschaftssystems und seiner Machtverhältnisse ab, nicht auf seine Kritik im demokratischen Sinne. Staatliche Herrschaft werde somit durch ihre Affirmation nicht problematisiert. Hierdurch können auch nicht – wie Regier überzeugend argumentiert – Gefährdungen der Demokratie durch staatliche Herrschaft selbst (bspw. durch die Ausweitung exekutiver Staatsapparate, die staatliche Transformation zu einem Sicherheitsstaat und eine repressivere Straf-/Klassenjustiz) begriffen werden. Zudem werde die Demokratie lediglich in ihrer parlamentarischen Form thematisiert. Demokratie im Bereich der Wirtschaft tauche in den hegemonialen Ansätzen gar nicht auf und werde damit auf den staatlichen Bereich reduziert, was dem liberalen Demokratieverständnis des Bürgertums im 19. Jahrhundert entspreche (74). Hierdurch habe das Privateigentum an Produktionsmitteln vor der Arbeiter*innenschaft gesichert werden sollen. Politische Bildung gerate damit zur reinen Institutionenlehre und verliere ihren emanzipatorischen Charakter. Politische Bildung erfolge somit vielmehr als Herrschafts*legitimierung* statt als Herrschaftskritik.

Um diesen affirmativen politikdidaktischen Ansätzen eine differenziertere Sicht auf moderne Staatlichkeit und ihre Wirkungsweise entgegenzustellen, begründet Regier im zweiten Teil des Buches seinen Ansatz einer „Soziopolitischen Bildung“. Dabei stellt er zunächst Kategorien wie Kritik, Emanzipation und Mündigkeit als notwendige Ziele einer politischen Bildung, die es mit der Demokratie ernst meint, in den Mittelpunkt. Der methodische und erkenntnistheoretische Ansatz ist der Dialektik der Frankfurter Schule (Theodor W. Adorno, Oskar Negt) verpflichtet, gesellschaftliche und politische Verhältnisse als durcheinander vermittelt – und nicht als isoliert voneinander stehend, wie es die hegemoniale Politikdidaktik im expliziten Bezug auf die Systemtheorie suggeriert, – zu begreifen. Gemäß der in diesem Teil begründeten zentralen These müsse der politischen Bildung und einem aufgeklärten Gesellschaftsbewusstsein eine gesellschaftstheoretisch fundierte Staatstheorie zugrunde liegen, um gesellschaftliche Strukturkonflikte sowie Macht- und Herrschaftskonflikte politisch begreifen zu können (119ff). Hierbei bezieht sich Regier auf aktuelle kritische Gesellschafts- und Staatstheorien. Der Staat wird diesem politischen Verständnis nach nicht als idealistische Institution des Gemeinwohls, sondern unter Bezug auf Nicos Poulantzas als umkämpfte Institution sozialer Klassen und anderer sozialer Akteure und Interessengruppen der Gesellschaft dargestellt, der sowohl Macht- und Herrschaftsverhältnisse absichert als auch auflösen kann. Dabei orientiert sich Regier an einem intersektionalen Ansatz, der zeigen soll,

wie der Staat u.a. ethnische, klassenspezifische und geschlechtliche Ungleichheit reproduziert, aber auch auflösen kann. Dabei kommt auch der Institution des Rechts eine grundlegende und politisch umkämpfte Rolle zu. Auch Recht diene einerseits der Herrschaftssicherung (u.a. der Sicherung spezifischer Eigentumsverhältnisse), andererseits der Emanzipation, je nach politischem Einfluss sozialer Akteure auf den Staat. Der Staat übe durch die Institution der Staatsbürgerschaft politischen Ausschluss aus und sei nicht nur klassen-, sondern auch geschlechtsspezifisch und durch institutionalisierten Rassismus geprägt.

Die dem Ansatz der Soziopolitischen Bildung zugrunde liegenden Staatstheorien beziehen sich u.a. auf Arbeiten des Politischen Marxismus (Ellen Wood, Heide Gerstenberger), die Marburger Schule (Wolfgang Abendroth, Frank Deppe), Kritische Staatstheorien (Joachim Hirsch), die Kritische Rechtstheorie (Franz Neumann, Sonja Buckel) und feministische Staatstheorien (Birgit Sauer).

Mit seinem Buch schafft es Regier überzeugend, die herrschaftsblinden Flecken der hegemonialen politischen Bildung zu überwinden und das Politische als das strukturell Konfliktvolle in der Gesellschaft für die Politikdidaktik begreifbar zu machen. Auch wenn der theoretische Begriff des (National-)Staates im Zentrum des Buches steht, werden hierüber hinaus pointiert grundlegende theoretische Konzepte und Begriffe der Politischen Bildung wie das Politische, Politik, Herrschaft, Macht, Demokratie und Kapitalismus aus einer kritischen Sicht geklärt. Das Buch schließt eine große Lücke innerhalb der Politikdidaktik, weswegen man ihm eine breite Leser*innenschaft aus dem Bereich der politischen Bildung wünschen kann. Durch die grundlagentheoretischen sowie staats- und demokratietheoretischen Überlegungen zum Verständnis des Politischen ist das Buch auch für den Bereich der außerschulischen Bildung sowie der sozialwissenschaftlichen Debatte wärmstens zu empfehlen. Es kann als grundlegende Einführung in die (kritischen) Gesellschafts- und Staatstheorien der Sozialwissenschaften gelesen werden.

Joachim Möller

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v45i2.16>

Eingegangene Bücher

Kuhnhehn, Martha: *Politisierung eines menschengemachten Risikos. Frames von Glyphosat in deutschen und US-amerikanischen Tageszeitungen*. Heidelberg: Springer VS 2025, xiv + 249 S.

ISBN 9783658498368 (sc), 9783658498375 (ebook) (<https://doi.org/10.1007/978-3-658-49837-5>).

Mayer-Ahuja, Nicole: *Klassengesellschaft akut. Warum Lohnarbeit spaltet – und wie es anders gehen kann*. München: C.H. Beck 2025, 279 S.

ISBN 9783406837838 (hc), 9783406840326 (ebook) (<https://doi.org/10.17104/9783406840326>).

Meisner, Lukas: *Fluch(t). Die Sintflut heißt Westen*. Wien: Mandelbaum 2025, 336 S.

ISBN 9783991361015.

Shah, Anil: *The Violence of Financial Inclusion. Chronic Indebtedness as Class Oppression in Modern India*. Bielefeld: transcript 2025, 354 S.

ISBN 9783837680645 (print), 9783839480649 (pdf) (<https://doi.org/10.14361/9783839480649>).

Wimmer, Christopher: *Alles muss man selber machen. Zur Geschichte der Rätebewegungen, von der Pariser Kommune bis Rojava*. Berlin: Karl Dietz Verlag 2025, 320 S.

ISBN 9783320024345.